



Ärger um die Waffen: Die SPD plant die Einführung einer Waffensteuer. Die Schützenvereine wehren sich dagegen und bekommen Rückendeckung.

Schützen sind sehr verärgert

Bezirksschützenverband wehrt sich – Vorsitzender Wintjen sagt: Die SPD will die Vereine vernichten

BREMERHAVEN. Der Bezirksschützenverband Bremerhaven-Wesermünde bekommt beim Thema Waffensteuer von vielen Seiten Rückendeckung. Unter anderem vom Bund der Steuerzahler Niedersachsen und Bremen (BdSt). Der BdSt lehnt die Pläne der SPD zur Einführung einer Waffensteuer im Land Bremen ab.

Zur Vorgeschichte: Die SPD-Bürgerschaftsfraktion will mit einer Sondersteuer die Zahl der Waffen verringern. Zeitgleich würde auch die Stadtkasse von der Sondersteuer profitieren: Rund eine Million Euro könnten jährlich eingenommen werden. Die Grünen in der Bürgerschaft tragen diese Pläne mit.

Der Bezirksschützenverband Bremerhaven-Wesermünde wehrt sich gegen die Einführung der Waffensteuer, von der 15 Sportschützenvereine mit rund 1400

Waffenbesitzern in der Stadt betroffen wären. Sie halten rund 4100 Waffen.

Rückendeckung bekommt der hiesige Schützenverband auch vom Deutschen Schützenbund (DSB). Der

vertritt rund 1,3 Millionen Schützen. Der DSB vertritt die Meinung, dass eine Waffensteuer

rechtswidrig sei. Der DSB fordert, dass sich das Land Bremen an ihre Verpflichtung hält und den Sport fördert, darunter auch den Schießsport. Das sei dem Chef der SPD-Bürgerschaftsfraktion, Björn Tschöpe, mitgeteilt worden. Tschöpe hatte die Diskussion um eine Waffensteuer ins Rollen gebracht, weil ihm das Waffengesetz zu liberal sei. „Der Tschöpe will

die Schützenvereine vernichten“, hört Jürgen Wintjen dagegen. Wintjen ist der Präsident des Schützenverbandes Bremerhaven-Wesermünde.

Wintjen und seine Mitstreiter haben aber auch bundesweit um Hilfe gebeten. Sie haben sich an alle Landesschützenverbände und deren Vereine gewandt. Auch die Herstellerverbände von Schießsportgeräten haben laut Pressemitteilung reagiert: Sie werden alle rechtlichen Möglichkeiten aufgreifen, um die Einführung der Waffensteuer zu verhindern. Es gehe auch um ihre Existenz und letztendlich auch um viele Arbeitsplätze.

Der Landessportbund Bremen spricht sich auch gegen die Waffensteuer aus. Der LSB werde auf Antrag des Fachverbandes eine entsprechende Ablehnung in die Bremer Sportdeputation einbrin-

gen. Der Kreissportbund Bremerhaven habe sich zu dem Thema noch nicht geäußert. Der hiesige Schützenverband beurteilt die Situation für deren Vorsitzenden, Frank Schildt, für prekär. „Muss er doch als KSB-Vorsitzender und Mitglied des LSB-Präsidiums die Interessen seiner Mitglieder, darunter die der Bremerhavener Schützenvereine, vertreten, aber als Vorstandsmitglied der SPD-Bürgerschaftsfraktion ist er gehalten, deren Beschlüsse zur Waffensteuer mitzutragen“, steht in der Pressemitteilung. Schildt habe ein Gespräch mit dem Präsidenten angeboten.

„Unsere Vereine sind normalerweise politisch neutral, aber wenn es um ihre Existenz geht, werden unsere Mitglieder, die auch Wähler sind, ein klares Zeichen setzen“, sagt sich Jürgen Wintjen kämpferisch.